

## Buchbesprechungen

Witte, Manfred: Probleme der Substanzerhaltung der Unternehmen bei Geldentwertung aus volkswirtschaftlicher Sicht. Bd. 39 der Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Köln 1977, 373 S., 24,— DM.

Die umfangreiche Arbeit, die auf einer Kölner Dissertation basiert, behandelt die Bedingungen, unter denen sich das Netto-Vermögen von Unternehmen angesichts inflationärer Rahmenbedingungen verändert. Die Probleme der Substanzerhaltung der Unternehmen bei Geldentwertung werden nicht nur betriebswirtschaftlich abgehandelt; bei der Frage, wie Inflationsfolgen für Unternehmen zu neutralisieren und im Rechnungswesen „Verhältnisse wie bei Geldwertstabilität“ herzustellen sind, geht es dem Verfasser vielmehr um die makroökonomische Relevanz dieser Problematik. Die Diskussion der volkswirtschaftlichen Dimension des Substanzerhaltungsproblems ist im Kern der eigentlich neue Aspekt des Buches.

Eine Kontrolle der Erhaltung des „Kapitals“, des „Vermögens“ bzw. der „Substanz“ von Unternehmen setzt die Entwicklung eines adäquaten Maßstabes voraus. Bedeutende Vertreter der Betriebswirtschaftslehre haben sich mit diesem Problem auseinandergesetzt. Witte stellt die grundlegenden Konzepte von Rieger, Schmalenbach und Schmidt (sowie Weiterentwicklungen innerhalb der betriebswirtschaftlichen Substanzerhaltungslehre von Hax, Feuerbaum, Sieben u. Schildbach) dar und zeigt, daß der Schmalenbachsche Maßstab „Erhaltung des realen Anfangs(Eigen-)kapitals“ am besten geeignet ist.

Die in der Bundesrepublik geltenden aktien- und steuerrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften weichen in einigen Punkten vom Nominalwertprinzip ab. So werden Probleme der Bewertung von Vermögensgegenständen mit einem Festwert und der Aufdeckung stiller Reserven durch Veräußerung von Vermögensgegenständen ebenso wie Möglichkeiten der Realkapitalerhaltung bei zulässigen Sonderabschreibungen und bei der Bewertung des Vorratsvermögens umfassend — oft in analytisch klaren und exakten Beispielen — erläutert. Es zeigt sich unter bestimmten Annahmen, daß der Ausweis und die Besteuerung von Scheingewinnen wohl eingeschränkt, nicht aber beseitigt werden können.

Bei der Untersuchung der Grund-, Vermögens- und Gewerbekapitalsteuerwirkungen auf die Kapitalerhaltungschancen von Unternehmen bei Geldentwertung wird festgestellt, daß bei Inflation eine Tendenz zur realen Entlastung bei der Substanzbesteuerung wirksam ist, da die Anpassung der Bemessungsgrundlagen der inflationären Preisentwicklung erst mit erheblichem zeitlichen Abstand folgt.

Im vierten Teil der Arbeit trägt der Autor interessante, zum Teil neue Gedanken zur möglichen Ausgestaltung der Wiederanlagepolitik sowie der Rücklagen- und Preispolitik eines Unternehmens im Hinblick auf die Erhaltung des realen Eigenkapitals vor. So überzeugend dabei Einsatzmöglichkeiten der ersten beiden Aktionsparameter dargestellt werden, so wenig befriedigend ist der Abschnitt über das preispolitische Instrumentarium: Nach einer kritischen Auseinandersetzung mit Annahmen und Schlußfolgerungen der Modelle von *Schildbach* und *Schweigert* sowie *Haase* versucht der Verfasser, in einer „markttheoretischen Betrachtung“ Aussagen über Preiserhöhungen (= Steuerüberwälzungs-)spielräume zu erarbeiten. Die Einteilung der Marktformen verwirrt, denn in dem Abschnitt über oligopolistische Verhaltensweisen von Anbietern wird die *conditio sine qua non* des Oligopols — die Reaktionsverbundenheit der Anbieter — über weite Strecken durch eine entsprechende Annahme eliminiert. Das Ergebnis erschöpft sich im wesentlichen in der „üblichen“ Marginalbedingung für das Monopol. Oligopolistische Verhältnisse im eben definierten Sinne und die Marktform des Polypols werden ebenso rudimentär abgehandelt.

Entscheidend ist *Wittes* Ergebnis bei Berücksichtigung von Fremdfinanzierungsmaßnahmen der Unternehmen. Diese sind als Nettoschuldner in der Lage, je nach Größenordnung der inflationsbedingten realen Entwertung ihrer Verbindlichkeiten Vorteile aus der Inflation zu ziehen, da diese Entlastung die Belastung durch Besteuerung der Scheingewinne überkompensieren kann. Der einzelwirtschaftlichen Forderung nach Erhaltung der Unternehmenssubstanz wäre damit Genüge getan, das eigentliche Problem jedoch aus des Verfassers „volkswirtschaftlicher Sicht“ nicht gelöst. Hierzu schlägt *Witte* zum einen die Abkehr vom stabilitäts- und wettbewerbspolitisch problematischen Nominalwertprinzip und die Bewertung von Abschreibungen und Vorratsverbrauch mit durchschnittlichen, um die Inflationsrate gestiegenen Wiederbeschaffungspreisen vor. Zum anderen gewährleiste nur die der Geldentwertungsrate entsprechende Indexierung längerfristiger Forderungen und Verbindlichkeiten die Sicherung des Realwertes monetärer Titel in der Inflation und damit den Ausschluß inflationsbedingter Fehlallokation von Ressourcen.

Friedhelm Dierkes, Bonn

*Schwanewede*, Gerd: Finanzmärkte in der Bundesrepublik Deutschland. Band 83 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen (Abteilung A), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1976, 264 S., 74,60 DM.

Die Arbeit von *Schwanewede* stellt den Versuch dar, aus der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank Anhaltspunkte für das Anlageverhalten und die Bestimmungsgründe der Kreditaufnahme in den verschiedenen Wirtschaftssektoren zu gewinnen. Zu diesem Zweck werden für einen begrenzten Zeitraum (1966 - 1971) die jeweiligen Veränderungen in den „Bilanzpositionen“ der privaten und öffentlichen Haushalte, der Unternehmen usw. daraufhin analysiert, ob sie den gängigen Vorstellungen über Vermögensdispositionen entsprechen. *Schwanewede* kommt dabei zu dem Ergebnis, daß insbesondere

die Portfolio-Selektionstheorie wenig zur Erklärung der Wirklichkeit beizutragen vermag, da ihre Aussagen z. T. auf Tautologien, z. T. auf Zirkelschlüssen beruhen. Andererseits stellt er in dem beobachteten Zeitraum einen sehr engen Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Spartätigkeit der privaten Haushalte sowie zwischen der Bankenliquidität und der relativen Höhe der Zinssätze fest.

Dies kann natürlich ebenfalls als Ergebnis eines Zirkelschlusses bewertet werden, da die beobachteten Zusammenhänge letztlich auf eine bewußte Veränderung bestimmter „Salden“ der Finanzierungsrechnung durch die Bundesbank zurückgeführt werden können. Als kritische Anmerkung ist außerdem festzuhalten, daß der beobachtete Zeitraum wohl etwas zu kurz und die von ihm überdeckte zyklische Bewegung nicht in allen Punkten als „typisch“ gelten kann. Trotzdem ist es sicher verdienstvoll, wenn in der Arbeit von *Schwane-wede* einmal Verhaltenshypothesen, die in der Geldtheorie von zentraler Bedeutung sind, auf ihre Wirklichkeitsnähe abgeklopft und z. T. als tautologisch erkannt werden. Zu ihrer „Überwindung“ sind allerdings noch weitergehende empirische Analysen erforderlich, als sie sich aus dem Zahlenmaterial der Finanzierungsrechnung entwickeln lassen.

Gerhard Zweig, Frankfurt

*Starbatty*, Joachim: Erfolgskontrolle der Globalsteuerung. Konjunkturpolitik unter dem Einfluß der politischen Willensbildung, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt 1976, 200 S., 29,— DM.

Immer stärker wird seit einiger Zeit als Mangel empfunden, daß in der Makroökonomik die volkswirtschaftlichen Aggregate zum Zweck der Realisierung eines gewünschten Entwicklungspfadens variiert werden, ohne daß man sich um die Entscheidungsprozesse kümmert, die absolviert werden müssen, damit solche Variationen — zum Beispiel über die antizyklische Haushaltsgebarung — überhaupt zustande kommen. In seiner Habilitationsschrift unternimmt *Starbatty* den Versuch einer Erfolgskontrolle sowohl der politischen Entscheidungsprozesse, die zur Verabschiedung konjunkturpolitischer Maßnahmen oder zum Verzicht darauf geführt haben, als auch der Wirkungen der getroffenen Maßnahmen selbst.

Diese Erfolgskontrolle läuft auf drei Ebenen ab. *Starbattys* Soll-Ist-Vergleich bezieht sich sowohl auf die Vorschriften des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (Soll) und deren Anwendung (Ist) als auch auf die vorgesehenen einzelnen Maßnahmen (Soll) und ihre Wirkung (Ist). Als dritte Komponente der Erfolgskontrolle analysiert *Starbatty* den Einfluß von Ratschlägen unabhängiger Institutionen wie Bundesbank, Sachverständigenrat und Konjunkturforschungsinstitute auf die politische Willensbildung.

Der Autor kommt in seinem Beitrag zu dem Schluß, daß die politische Willensbildung oft zu Ergebnissen führt, die von den ökonomischen Erfordernissen abweichen. Zwar hängt zweifellos eine erfolgreiche Globalsteuerung auch



davon ab, daß die Wissenschaft brauchbare Informationen über Kausalbeziehungen liefern kann und daß sich die Politiker hiervon beeinflussen lassen. Ob aber ökonomisch-rationale Konzepte in konkrete Politik umgesetzt werden, ist nach Auffassung des Autors wesentlich abhängig von der politischen Form. Da bei der Anwendung der Globalsteuerung für den Politiker ausschließlich volkswirtschaftliche begründbare Kriterien eine Rolle spielen dürfen, die Politiker aber nicht auf die von ihnen als richtig erkannten politischen Forderungen verzichten wollen, wird das Ergebnis im Prinzip verfälscht.

In seinen abschließenden Thesen zur Novellierung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes leitet *Starbatty* zwei konjunkturpolitische Postulate ab, die sich inzwischen für die Wirtschaftspolitik als unumgänglich erwiesen haben:

- die Politiker sollen dem Markt überlassen, was von diesem geleistet werden kann.
- Die diskretionäre Entscheidungsfindung sollte dort, wo die Gefahr der Fehlsteuerung vorherrscht, durch eine Verstetigungspolitik ersetzt werden. Dabei setzt *Starbatty* darauf, daß nicht zusätzliche Instrumente zu schaffen sind, sondern daß das Interesse der politisch Verantwortlichen an der Anwendung der vorhandenen Instrumente gefördert werden sollte. Der Autor spricht sich in diesem Zusammenhang dezidiert für eine Regelbindung aus. Damit könne sichergestellt werden, daß der Staat im stabilisierungspolitischen Wechselspiel wieder als unabhängige Variable in Erscheinung trete.

Mit diesem Beitrag schließt der Autor eine wichtige Lücke in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur, soweit sie sich mit empirischen Analysen der deutschen Wirtschaftspolitik beschäftigt. Dabei widersteht *Starbatty* der Gefahr, mit erhobenem Zeigefinger Kritik zu üben. Daß man seine Darstellung im umfassenden Sinne als fair bezeichnen kann, ist u. a. daraus ersichtlich, daß er der politischen Praxis einen „Verantwortungsbonus“ einräumt. Neben der historischen Aufarbeitung der wirtschaftspolitischen Entscheidungen seit 1967 verdienen besonders *Starbattys* Ausführungen zur Konzentrierten Aktion Beachtung, da hier die wichtigsten Leitgedanken der gegenwärtigen Diskussion um die Wiederbelebung oder das endgültige Scheitern der Konzentrierten Aktion vorgezeichnet sind.

Manfred Piel, Bonn

**Reiners, Josef:** Bankwirtschaftliche Verbundsysteme und ihre Stabilität, Band 19 der Schriftenreihe des Instituts für Kreditwesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, hrsg. v. Prof. Dr. Ludwig Mülhaupt, Universität Münster, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1977, 261 S., brosch., 29,80 DM.

Als Untersuchungsobjekt hat sich der Autor die beiden dreistufig aufgebauten Verbundsysteme der Sparkassen und der Kreditgenossenschaften in der Bundesrepublik Deutschland herausgesucht. Während die vertikale Ko-

operation zwischen den örtlichen, regionalen und nationalen Instituten beider Gruppen lange Zeit weitgehend problemlos verlaufen ist, deuten neuere Entwicklungen darauf hin, „daß das Ausmaß und die Intensität der vertikalen Konflikte ... erheblich zugenommen haben“ (S. 5). Sie waren eigentlicher Anlaß der Untersuchung.

Im ersten Abschnitt stellt *Reiners* Struktur und Prinzipien der verbundwirtschaftlichen Zusammenarbeit vor und arbeitet Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Aufbau der beiden Verbundsysteme heraus.

Der zweite Abschnitt (S. 43 ff.) steht unter der Überschrift „Organisations-theoretischer Bezugsrahmen für die Analyse des Problems der Stabilität bankwirtschaftlicher Verbundsysteme“. Er enthält zunächst eine Darstellung des Zwecks und Ziels der Verbundsysteme. Im Anschluß daran werden die Bedingungen für die Stabilität von Verbundsystemen hergeleitet und die Konfliktarten und ihre Auswirkungen auf die Stabilität der Systeme aufgezeigt.

Der dritte Abschnitt (S. 94 ff.) ist der Frage nach den Zielsetzungen der Verbundinstitute gewidmet. Derartige ist klassisches Standardthema der Genossenschaftstheorie, und auch jeder zünftige Betriebswirt muß heute dem „Zielsystem“ gehörigen Tribut zollen. Dieser Abschnitt enthält im wesentlichen eine Zusammenfassung der Literatur. Neben den allgemeinen bankbetrieblichen Zielen wird der genossenschaftliche Förderungsauftrag, der öffentliche Auftrag der Sparkassenorganisation und insbesondere die in jüngerer Zeit verstärkte Diskussion um den Einfluß der Managerinteressen auf die Zielsetzung der Verbundinstitute berücksichtigt.

Im vierten (S. 114 ff.) und mit über 80 Seiten umfangreichsten Abschnitt behandelt der Verfasser ausführlich die koordinations- und konfliktfördernden Wirkungen der Kooperation in den einzelnen Geschäftsbereichen. Hier wird die Frage nach der Kompatibilität der Ziele der einzelnen Verbundinstitute gestellt und das Konfliktpotential mit Hilfe der sog. Anreiz-Beitrags-Konzeption aufgezeigt. Da die Konfliktursachen häufiger weniger im theoretischen als vielmehr im praktischen Bereich der täglichen Arbeit zu suchen sind, gerät der Autor in diesem Abschnitt in die Gefahr, sich in der Darstellung der Kooperationsmöglichkeiten und ihrer Auswirkungen zu verlieren (vgl. z. B. S. 147 - 168).

In der zusammenfassenden Schlußbetrachtung (S. 228 ff.) stellt der Verfasser fest, daß die Stabilität der untersuchten Verbundsysteme weniger durch deren konfliktuelle Zielsetzung gefährdet ist als vielmehr eine Folge der Emanzipation der einzelnen Verbundglieder ist. Da eine „Konfliktlösung im Sinne einer ... Konfliktausräumung prinzipiell unmöglich ist ... kommt es darauf an, die ... Konflikte ... zu ‚funktionalisieren‘“ (S. 231). Diesem Untersuchungsergebnis ist ebenso zuzustimmen wie der gesamten Vorgehensweise des Verfassers. Als weniger originell müssen jedoch die abschließenden Lösungsvorschläge bezeichnet werden (S. 232 ff.). Sie stellen im wesentlichen einen Appell nach kooperativem Verhalten aller Beteiligten dar und enthalten somit keine neuen Aspekte.

Insgesamt kann die Arbeit mit ihrem klaren Aufbau und der Berücksichtigung auch angrenzender Wissenschaftsgebiete (Konfliktforschung) als eine sehr gelungene Darstellung bezeichnet werden. Der eilige Leser vermißt allerdings dreierlei: eine detaillierte Untergliederung, die thesenartige Zusammenfassung des Wesentlichen und ein Register.

Oswald Hahn und Rolf Konold, Erlangen - Nürnberg